

„Trumpifizierung“ ist erfolgreich

Vortrag bei der Gesellschaft für Sicherheitspolitik: „Zwei Jahre Präsident Biden und die amerikanischen Kongresswahlen“

Bremervörde. Am 8. November finden in den USA die sogenannten Midterms statt. Die Amerikaner wählen wieder – zwar keinen neuen Präsidenten, dafür den vielleicht noch wichtigeren Kongress. Grund genug für die Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP) zu diesem Thema den Politologen Dr. Udo Metzinger für einen Vortrag ins EWE-Kundencenter in Bremervörde einzuladen.

Trotz der abendlichen Stunde und der Konkurrenz durch die Champions League kamen am vergangenen Mittwoch zahlreiche Teilnehmer, wofür Dr. Metzinger ein besonderes Lob sowohl für den GSP-Sektionsleiter Werner Hinrichs als auch für die Bremervörder übrighatte. „Ich komme immer wieder gern hierher“, sagte Metzinger.

Doch warum sind die Kongresswahlen so wichtig? Um das zu verstehen, gab Dr. Metzinger eine kurze Einführung in das amerikanische Wahlsystem. Voran stellte er die Bemerkung, dass auf dem nordamerikanischen Kontinent quasi zwei Systeme benachbart seien. Nämlich das einer europäischen Tradition folgende kanadische und die US-amerikanische Antithese, der zufolge sich der Staat so wenig wie möglich in das Leben seiner Bürger einzumischen habe.

Was der Staat den amerikanischen Gründungsvätern, „es waren wirklich nur Männer“ so Dr. Metzinger augenzwinkernd, zu-

folge zu leisten habe, sei eine Schutzfunktion, damit die Bürger sich in Freiheit um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern können. Vor diesem Hintergrund wundere es nicht, dass ganze 40 Prozent in die Verteidigung investiert würden, während in den meisten europäischen Haushalten der größte Anteil auf den Bereich Arbeit und Soziales entfielen.

„Innenpolitisch hat der amerikanische Präsident weniger Macht als beispielsweise der deutsche Bundeskanzler“, schilderte Metzinger, er habe noch nicht einmal das Druckmittel der Vertrauensfrage. Das ganze Wahlsystem sei auf „Checks and Balance“, das Gleichgewicht der politischen Kräfte, ausgerichtet, mit dem Ziel gegenseitiger Kontrolle. Die oberste Maxime bei der Konstruktion des US-amerikanischen Staates sei die Verhinderung von Tyrannei gewesen, wie es die bereits erwähnten Gründungsväter noch vielfach aus Europa kannten.

Darüber hinaus, auch dies eine Antithese zum alten Europa, sei jedwede Regierung durch das Volk legitimiert, nicht etwa durch Gott oder eine dynastische Tradition. Daher bedürfe es politischer Regeln, die auf die Zustimmung der Regierten stießen. Jeder Bundesstaat, sei er noch so klein oder bevölkerungsarm, müsse die Gewissheit haben, eine gleichwertige Stimme zu haben. Diese finden sie im US-Senat, der einen Kammer des Kongresses, in den jeder Staat zwei Vertreter entsendet.

Die andere Kammer stellt das



Dr. Udo Metzinger erläuterte das amerikanische Wahlsystem. Foto: bz

Abgeordnetenhaus dar, in dem jeder Staat gemäß seiner Bevölkerungszahl repräsentiert ist. Der Präsident hingegen ist nicht Mitglied des Kongresses. „Präsident Biden kann noch nicht einmal Gesetze einbringen!“, erläutert Dr. Metzinger. Dazu müsse er sich Unterstützer im Kongress suchen, was für einen demokratischen Präsidenten nicht einfach sei, da die Grundhaltung, im Kongress auch unter den Demokraten eher konservativ sei.

Es gehe darum, Kompromisse zu schließen und kurzfristiges Denken zu vermeiden, erklärte der Politologe und erläuterte das an Präsident Obamas Gesundheitsreform „Obamacare“, die zunächst von vielen auch seiner Parteikollegen und einem Großteil der Wählerschaft als zu sozialistisch abgelehnt wurde.

Der lange Weg durch die Instanzen habe bei „Obamacare“ so

viel Zeit gekostet, dass inzwischen in der Bevölkerung ein Sinneswandel stattgefunden hatte und man die Vorzüge des Gesetzes, das am Ende aus für den Präsidenten schmerzvollen Kompromissen bestand, zu schätzen wusste. So sehr, dass sein Nachfolger Donald Trump es noch nicht einmal gegen den Widerstand etlicher Republikaner abschaffen konnte, da ihm eine politisch vertretbare Alternative fehlte. Es fehlte in diesem Punkt eben an der Zustimmung der Regierten.

Die Wahltermine des Präsidenten und des Kongresses sind von der Verfassung so gelegt, dass sie sich überlappen, was dazu führen kann, dass ein Präsident plötzlich mit einem Kongress konfrontiert ist, der dem anderen politischen Lager angehört. Dass dies nicht unbedingt von Nachteil ist, erläuterte Dr. Metzinger sehr anschaulich mit

einer Übersicht der letzten 30 bis 40 Jahre. „Ronald Reagan regierte nicht gegen einen demokratischen Kongress, sondern mit einem“ brachte es der Politiker auf den Punkt. Dies funktionierte jahrzehntelang für die Amerikaner gut, bis die Lewinsky-Affäre des Präsidenten Bill Clinton aus einem politischen Wettbewerb eine Blockade-Politik aus Prinzip wurde. Die USA drifteten politisch immer weiter auseinander, statt United spalteten sie sich in Blue (Demokraten) und Red (Republikaner), Kompromisse werden immer schwieriger bis gar unmöglich, der Kongress wird unproduktiv. 51 Prozent der Amerikaner seien sehr besorgt um die Zukunft der amerikanischen Demokratie. Das Grundvertrauen in die Politik sei schon so weit geschwunden, dass politische Beobachter in nicht allzu ferner Zeit mit bürgerkriegsähnlichen Zuständen rechnen.

„Wer wird der nächste Präsident werden?“ wollten natürlich viele Anwesende wissen. Vielleicht komme Trump tatsächlich zurück, die „Trumpifizierung“ sei furchtbar erfolgreich, und auf demokratischer Seite habe Kamala Harris leider keine präsidiale Figur gemacht. „Behalten Sie Pete Buttigieg im Auge!“, so der Tipp des Experten. Viel wichtiger sei aber für uns die Lehre, dass sich Europa endlich auf die Hinterbeine stelle und sich aus seinen vielfachen Abhängigkeiten befreie: nämlich von Russland (Energie), China (Technik) und den USA (Sicherheit). (bz)